

Der gescheiterte Krieg gegen die Drogen

10.07.2004

Der Umgang mit Rauschgift in Zeiten der Globalisierung gehört endlich auf die Agenda der Politik / Von Günter Amendt

Noch immer setzen viele Staaten auf eine repressive Strategie gegen Drogen. Nach Ansicht des Autors hat sich dieser Weg in den vergangenen Jahrzehnten als Irrweg erwiesen. Im Zeitalter der Globalisierung seien neue Politikansätze gefordert. Das gilt, so die These, auch für das Rauschgift der Zukunft: ganz legale Pharma-Drogen.

Vorweg eine Erfolgsmeldung von der Drogenfront. Thailand hat sich zum Sieger im "war on drugs" erklärt. Anlässlich einer im Dezember 2003 weltweit ausgestrahlten Zeremonie zum Ende seiner militärischen Offensive gegen die Hersteller und Händler von illegalen Drogen verkündete der Ministerpräsident Thailands lakonisch: "Einige böse Kerle sind tot, einige sind im Gefängnis." Der Krieg ist aus, vorbei und gewonnen.

In dem knapp einen Jahr nach Veröffentlichung von "No Drugs. No Future. Drogen im Zeitalter der Globalisierung" ist einiges in Bewegung geraten an der globalen wie an der regionalen Drogenfront. Ich nutze den Verlagswechsel zu "Zweitausendeins", die wichtigsten Ereignisse als Anhang nachzureichen:

Die Mohnbauern Afghanistans haben ihre Frühjahrsernte eingefahren. Deutsche Truppen wurden im Rahmen des erweiterten ISAF-Mandats in einer Mohnanbauregion stationiert.

Die Süssgetränkeindustrie hat mit der Einführung von Alkopops die Marktführerschaft für alkoholhaltige Getränke im Jugendfreizeitsektor übernommen.

In den USA entfaltet sich ein Dopingskandal von bisher nicht gekanntem Ausmass.

Prominente Leistungsträger - gedopt oder nicht gedopt - versinken vor den Augen der Öffentlichkeit in einer klinischen Depression.

Die Tabaksteuer steigt - der Zigarettenschmuggel boomt.

Die niederländische Regierung kündigt eine mustergültige Massnahme zum Schutze der Verbraucher an. Sie will gegen Züchter vorgehen, die (möglicherweise mit Hilfe der Gentechnologie) manipuliertes Cannabis mit einem überhöhten THC-Gehalt auf den Markt bringen.

Zum Jahresende 2003 wird in den Medien der Markteinführung von Valium vor 40 Jahren gedacht. Diese auf das Zentralnervensystem zielende Substanz mit hohem Suchtpotential entwickelte sich in den USA, aber auch anderswo, innerhalb weniger Jahre von einem Medikament zu einer Modedroge. Mit Valium setzte die schleichende Pharmakologisierung des Alltags ein.

Alle Ereignisse und alle Entwicklungen seit Veröffentlichung des Buches sind nur weitere Belege für das Scheitern der internationalen Drogenpolitik, die Absurdität des "war on drugs" und die anhaltende Doppelmoral in der drogenpolitischen Auseinandersetzung.

Taucht am Markt eine neue Droge auf, die massenhaft nachgefragt und konsumiert wird, dann ist in den Medien gewöhnlich von einer neuen Drogenwelle die Rede. Das

ist natürlich Unsinn, denn "es gibt keine Drogenwelle. Die Drogenwelle ist eine Dauerwelle." Auffallend ist jedoch, dass die Medien im Zusammenhang mit der Markteinführung von sogenannten Alkopops auf den üblichen Unsinn verzichten, obwohl nach den Massstäben journalistischer Wellenreiter mit dem massenhaften Konsum alkoholhaltiger Süßgetränke alle Faktoren einer neuen Drogenwelle gegeben wären.

Etwa hundert verschiedene zuckerhaltige Getränke mit einem Alkoholanteil von um die fünf Prozent werden am Getränkemarkt angeboten. Eine Repräsentativbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) weist einen dramatischen Anstieg des Konsums von Alkopops innerhalb weniger Jahre nach. Im Jahre 2003 hat in der Gruppe der 14- bis 17-Jährigen jeder und jede Zweite Erfahrungen mit dem süßen Szenegetränk. Der Präsident der Bundesärztekammer sieht einen "Trend zur Alkoholisierung junger Menschen", der Konsum von Alkopops mache Jugendliche zu Gewohnheitstrinkern.

Mit der Einführung von Alkopops hat die Getränkeindustrie einen perfiden Angriff auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gestartet.

Perfide ist nicht nur die Marketingstrategie der Getränkehersteller, die sich gezielt an Jugendliche wenden, perfide ist auch der chemische Mix ihrer Produkte. Denn die Kombination des Suchtstoffs Zucker mit dem Suchtstoff Alkohol verstärkt nicht nur dessen Wirkung, dieser Mix vergiftet auch den Körper, macht einen schweren Kopf und führt zu einem entsprechend heftigen Hangover mit dem dazugehörigen Verlangen nach einer Pille, die den Kater besänftigt.

In Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich, überall in Europa suchen alarmierte Gesundheitspolitiker nach einer Abwehrstrategie. Die Schweiz hat eine Art Strafsteuer auf Alkopops verhängt, in der Hoffnung, dass die jugendlichen Konsumenten auf die Preissteigerung mit Konsumverzicht antworten werden. ähnliche Hoffnungen macht man sich auch in Deutschland. Die Eidgenössische Alkoholverwaltung stützt ihre optimistischen Erwartungen auf Marktstudien, die belegen, dass Jugendliche sensibel auf Preissteigerungen reagieren. Ob das auch für Suchtmittel gilt, darf bezweifelt werden. Im übrigen baut die Politik, wie gewohnt, auf die Selbstverpflichtung der Industrie und die Bereitschaft von Gastronomie und Handelsketten, das Jugendschutzgesetz zu beachten. An Verbote, und sei es auch nur ein Werbeverbot, denkt niemand.

Dabei liesse sich das Problem mit Hilfe der Lebensmittelgesetzgebung einfach regeln. Erst vor kurzem hat der Europäische Gerichtshof französischen Behörden gestattet, energetische Getränke wie Red Bull vom inländischen Markt zu verbannen. Die übermäßige Koffeinkonzentration gefährde Schwangere und andere Risikopersonen. Sportler, die mit Dopingkontrollen zu rechnen haben, liefen Gefahr, nach dem Genuss von energetischen Getränken positiv getestet zu werden. Auch in der Europäischen Kommission sind Grenzwerte für Koffein in der Diskussion.

Das wird nicht ausreichen. Der Gesetzgeber sollte grundsätzlich bei Nahrungs- und Genussmitteln die Beimischung von psychoaktiven Substanzen untersagen. Nur so sind die Konsumenten in der Lage, sich der Risiken, die sie eingehen, bewusst zu werden. Es ist ein Unterschied, ob jemand, der eine Limonade mit Alkohol aufpeppen will, sich seinen Drink selbst mixt und, indem er es tut, weiss, was er tut, oder ob einem mit dem Kauf einer Limonade im Supermarkt, an der Tankstelle oder in der Diskothek beiläufig Rum, Whisky oder Wodka geliefert werden. Ebenso wenig wie Alkohol sollten Amphetamin, Koffein, THC und jede andere psychoaktive Substanz Nahrungsmitteln beigegeben werden dürfen. In den Verkauf gelangen darf nur der vom Verbraucher dosierbare Originalstoff.

Das Verlangen nach Hilfsmitteln zur pharmakologischen Herstellung beziehungsweise Wiederherstellung einer ausgeglichenen "harmonischen Persönlichkeit" ist ungebrochen. Hoch motiviert und unverdrossen arbeiten die Produktdesigner der Pharmaindustrie weiter an der Bereitstellung von Wirkstoffen,

die den Subjekten helfen sollen, mit den Anforderungen des Alltags besser zurechtzukommen. Im Mittelpunkt aller Bemühungen steht derzeit die Entwicklung von Produkten zur Angstbewältigung und Depressionsabwehr.

Depressionen sind ein Thema - auch in den Medien. Nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind Depressionen zu den häufigsten und am meisten unterschätzten Erkrankungen weltweit zu zählen. Solche Diagnosen sind immer riskant, weil sie der Pharmaindustrie zuarbeiten. Diese neigt dazu, Krankheiten zu erfinden - wie Jörg Blech in seinem im August 2003 veröffentlichten Buch "Die Krankheitserfinder. Wie wir zu Patienten gemacht werden"² anschaulich darstellt -, um dann im Gegenzug das entsprechende Medikament zu kreieren und auf den Markt zu bringen. Trotz aller gebotenen Skepsis gegenüber voreiligen Diagnosen - wer offen ist für das Befinden der Menschen in seinem privaten und beruflichen Umfeld, kennt Beispiele von Freunden, Kollegen, Bekannten oder Familienangehörigen, die von ihren Versagensängsten, ihrer Verarmungs- und Abstiegspanik in einen Zustand der Antriebs- und Hoffnungslosigkeit getrieben werden - bis an die Schwelle einer klinischen Depression und diese nicht selten überschreitend.

Lange sah es so aus, als habe die Pharmaindustrie mit der Einführung von Mitteln auf der Grundlage selektiver Serotonin- und Noradrenalin-Wiederaufnahmehemmer (SSRI und SNRI) Produkte lanciert, deren Chancen am Markt für Antidepressiva unbegrenzt schienen. Doch nun häufen sich Warnungen und Negativmeldungen. Der Wirkstoff fördere die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen. Auffallend häufig wurden die Täter von High-School-Shootings mit den umstrittenen Wirkstoffen (oft in Kombination mit anderen Wirkstoffen) medikamentiert. Auch steige das Suizidrisiko bei Kindern und Jugendlichen unter Einwirkung von SSRI-Wirkstoffen. Deshalb warnen die Gesundheitsbehörden Grossbritanniens, Irlands und der USA vor der Anwendung bei jungen Depressiven. Die Vermutung, dass schon bald die Zeit kommen werde, "in der Prozac und artverwandte Stoffe ihren Nimbus eines Wundermittels verlieren werden, weil die Nebenwirkungen als nicht mehr tragbar gelten", scheint sich zu bestätigen.

Unter dem Druck steigender Kosten im Gesundheitswesen rückt die sogenannte Volksgesundheit immer mehr in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Was darf dem Solidarsystem zugemutet werden, was sollte ausgegliedert und zum privaten Risiko erklärt werden? Welche Druckmittel sollen erlaubt sein, die Subjekte zu einem "gesundheitsbewussten Verhalten" zu zwingen?

Selbst in der Schweiz, wo das Ernährungsbewusstsein der Bevölkerung höher entwickelt ist als irgendwo sonst in Europa, beobachten Gesundheitspolitiker eine rapide Zunahme von Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen mit den entsprechenden Kostenfolgen für das Gesundheitssystem. Schätzungen in den USA beziffern die von Fehlernährung und Bewegungsmangel verursachten Gesundheitskosten auf weit über 50 Milliarden Dollar jährlich. Das amerikanische Bestattungsgewerbe registriert immer mehr Tote, die in Standardsärgen keinen Platz finden. Sie sind einfach zu dick.

Wie sehr andererseits - tatsächliche oder vermeintliche - Gewichtsprobleme am Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen nagen, belegt eine im November 2003 vorgelegte Studie der Universitäten Lausanne und Bern. Rund 40 Prozent der befragten Mädchen sind unzufrieden mit ihrem Körper, rund 70 Prozent wünschen, ihr Gewicht zu reduzieren. Auch wenn, wie verschiedene Untersuchungen zeigen, die Zahl der Jungen mit einem gestörten Verhältnis zum eigenen Körper geringer ist als die der Mädchen, so nimmt auch sie stetig zu. (Beängstigend, so die Autoren der in Bern vorgestellten Studie, sei auch die Zahl der Selbstmordversuche. Acht Prozent der Mädchen und drei Prozent der Jungen gaben an, in ihrem Leben mindestens einen Selbstmordversuch unternommen zu haben.)³

Auch in den USA ist das Ausmass der ernährungsbedingten Gesundheitskrise nicht länger zu ignorieren. Gesundheitspolitiker beider Parteien haben angekündigt,

gegen Übergewicht und Fettleibigkeit so entschlossen vorgehen zu wollen wie gegen das Rauchen im öffentlichen Raum. Diese Ankündigung verheißt nichts Gutes, denn die Anti-Raucher-Politik in den USA hat sich vielerorts zu einer der Zero-Tolerance-Ideologie verpflichteten Kampagne entwickelt, deren moralisierende Botschaft die sozialen Beziehungen vergiftet.

Kenner der Branche werden nicht erstaunt sein zu hören, dass die US-amerikanische Pharmaindustrie hier ein Betätigungsfeld - sprich: einen Absatzmarkt - wittert. Mit der Entwicklung einer Zwei-Komponenten-Pille, die Ende 2005 auch in Europa auf den Markt kommen soll, bieten die Hersteller ein Produkt an, das nicht nur die Nikotinsucht besiegen, sondern auch zur Gewichtsabnahme beitragen soll. Darauf hat die Welt der Raucher gewartet. Zur Superpille fehlt nur noch eine dritte Komponente, die den Haarwuchs fördert und die Glatzenbildung verhindert.

Schon im März 2003, als die Welt-Antidoping-Agentur (WADA) in Kopenhagen beschloss, den Dopingsumpf endgültig trockenzulegen, zeichneten sich in den USA "schwere sportpolitische Verwerfungen" ab. Sie kamen schneller, als zu erwarten war nach all den Jahren der Blockade, der Vertuschung und der Täuschung, derer sich die US-amerikanischen Sportverbände schuldig gemacht hatten. Auf die US-amerikanische Leichtathletik rollt, wie Thomas Kistner in der "Süddeutschen Zeitung" prognostiziert, "der grösste Doping-Skandal ihrer Geschichte"⁴ zu. Der Direktor der US-Antidopingbehörde (USADA) spricht von einem "Komplott, an dem Mediziner, Trainer und Athleten beteiligt sind". Er kenne keinen Dopingfall, "in den mehr Athleten verwickelt waren als in diesen".

Ob die Steuerfahnder dem Tip eines Informanten folgten oder ob ihnen der Zufall zur Seite stand, ist umstritten, doch letztlich unerheblich. Mit ihrer Prüfung der in Berlingame/Kalifornien ansässigen Bay Area Laboratory Co-Operative (Balco) haben sie einen Skandal mit unabsehbaren Folgen ins Rollen gebracht. Mittlerweile hat die US-Justizbehörde gegen den Präsidenten der auf die Herstellung von Nahrungsergänzungsmitteln spezialisierten Firma und einige seiner Mitarbeiter auf der Führungsebene Anklage erhoben. Ihnen wird die "konspirative Verteilung von Steroiden, Besitz von Wachstumshormonen, Geldwäsche und betrügerische Etikettierung von Drogen zur Last gelegt."⁵ Unter ihren Abnehmern befinden sich Heroen der US-Leichtathletik, zur Kundschaft gehören auch Medaillenträger und Meisterschaftsaspiranten anderer Sportarten.

Im Zentrum des Skandals steht das Designersteroid THG (Tetrahydrogestrinon). Hierbei handelt es sich um eine Abwandlung des in der Bullenmast eingesetzten Steroids Trenbolon. "Es ist ein rein synthetisches Steroid, hergestellt durch einfache chemische Veränderungen eines bereits bekannten und verbotenen anabolen Steroids", heisst es in einer Stellungnahme der Food and Drug Administration (FDA). Als Dopingmittel wird das modifizierte Steroid flüssig verabreicht und unter die Zunge des Athleten geträufelt. Das Präparat wurde von Balco als Teil eines Pakets von sogenannten Nahrungsergänzungsmitteln vermarktet. Formal ist alles legal, denn THG steht nicht auf der Liste verbotener Substanzen. Unter anderem darum wird es im bevorstehenden Rechtsstreit gehen. Die Liste verbiete nämlich auch "verwandte Stoffe", argumentiert die Staatsanwaltschaft. Ob sie damit durchkommen wird, ist offen. Die Hersteller wie deren Kundschaft haben hochkarätige Anwälte mit der Wahrnehmung ihrer Interessen betraut, die jedoch vor Gericht einen schweren Stand haben werden, denn die Balco-Labors wurden von den Ermittlern auch als Quelle für das Psychostimulans Modafinil ausgemacht. Dieser Wirkstoff tauchte während der Leichtathletik-WM 2003 im Urin einer US-amerikanischen Doppelweltmeisterin auf. Strittig ist nun, ob die Athletin das eher milde Stimulans als Beschleunigungsmittel einsetzte oder ob sie es, wie Experten vermuten, als Maske zur Verdeckung von THG benutzte. So oder so: ein Fall von Doping.

Wie man mit Hilfe cleverer Anwälte Sanktionen umgehen kann, zeigt der Fall eines britischen Tennisprofis, in dessen Urin bei einem Turnier in Indianapolis Spuren des anabolen Steroids Nandrolon gefunden wurden. Die Association of Tennis Professionals (ATP) verzichtete auf eine Sperre des gedopten Spielers, weil der

darauf beharrte, nicht anders behandelt zu werden als andere Spieler vor ihm. Innerhalb weniger Monate waren mehr als 40 Tennisprofis positiv auf Nandrolon getestet worden, davon acht jenseits des Grenzwertes. Keiner von ihnen wurde gesperrt. Die ATP-Oberen folgten der Argumentation der Verteidigung, wonach das Steroid über verunreinigte Nahrungsergänzungsmittel - sprich: Elektrolyte - in den Körper der Athleten gelangt sei. Tatsächlich ergaben die Laboranalysen, dass das Muster (fingerprint) der entnommenen Proben in allen Fällen identisch war. Von da war es nicht mehr weit bis zur Quelle der "Verunreinigung". Ein von ATP-Physiotherapeuten zum Ausgleich des Flüssigkeitsverlustes verabreichtes Elektrolyt war "verunreinigt". Das will man und das kann man den Athleten nicht anlasten. Deshalb: Freispruch. Im übrigen aber bleibe "der Kampf gegen Doping für die Gesundheit der Jugend und für die Glaubwürdigkeit unseres Sports"6 eine Pflicht, versichert der Präsident des Welttennisverbandes mit dem üblichen Pathos des Sportfunktionärs. Dabei steht der Tenniszirkus, dessen Akteure ein Mammutprogramm zu bewältigen haben und dabei, die Zeitzonen ständig wechselnd, riesige Entfernungen zurücklegen, schon seit langem unter Dopingverdacht. "Sechs Jahre lang gab man mir ohne mein Wissen ein Steroid der legalen Art, das man auch Pferden gab, bis man zu dem Schluss kam, es sei sogar für Pferde zu stark"7, gesteht der ehemalige Tennisprofi John McEnroe.

Doping hat eine juristische und eine moralische Seite. Beide sind nicht unbedingt deckungsgleich. Rechtlich ist die Sache klar: Verboten ist, was verboten ist und auf einer Liste erscheint. Stellt man jedoch die Betrugsabsicht in den Vordergrund, dann ist Doping alles, was unter Einsatz chemischer Hilfsmittel eine Leistung ermöglicht, die ohne Chemie nicht zustande käme. So gesehen ist auch die Einlassung von Boris Becker, er habe "unter dem Einfluss von Alkohol und Schlafmitteln auf dem Platz gestanden"8, ein Doping-Geständnis, welches erstaunlicherweise von der Öffentlichkeit nicht als solches wahrgenommen wurde. Alkohol plus Barbiturate in Kombination mit körpereigenem Adrenalin können sich leicht zu einer Mixtur verbinden, die Spitzenleistungen möglich macht, auf die allerdings nicht selten ein totaler körperlicher Zusammenbruch folgt.

Mit der Begründung "Was auf keiner Dopingliste steht, ist auch kein Doping", räumte auch der Ex-Radprofi Dietrich Thurau im Dezember 2003 ein: "Wir haben alle was genommen. Aber ich kann von mir sagen, dass ich es zum Glück immer unter Kontrolle hatte."9 Man werde "zwangsläufig mit Doping konfrontiert", wenn man ans Limit gehe. Auf äusserungen wie diese bezieht sich der Sportminister Frankreichs, wenn er von einer "Kultur des Dopings im Radsport" spricht. Die zwiespältige Reaktion auf den Tod des italienischen Radsport-Stars Marco Pantani belegt, dass ein erheblicher Teil des Publikums, unbeeindruckt vom Urteil der Doping-Gerichtsbarkeit, den Toten als Opfer sieht und nicht als Täter. Dass die Sportwelt den Tod dieses Idols als Beispiel für "die Grenzen der chemischen Manipulierbarkeit des menschlichen Körpers" verstehen wird, ist eher unwahrscheinlich. Des Doping mit Epo überführt, deswegen verurteilt und bestraft, fällt Pantani in eine Depression, die ihn zum Tablettensüchtigen macht. Als man ihn auffindet, liegen neben der Leiche Schachteln mit Beruhigungsmitteln, Schlafmitteln und dem Antidepressivum Surmontil, das zur Behandlung chronisch Depressiver eingesetzt wird. Bei der Obduktion bestätigt sich, was als Gerücht schon seit langem umging: Pantani hat Kokain genommen. Im Körper des Toten werden Kokainspuren gefunden. Möglicherweise hat er den Stoff, zu Crack verarbeitet, geraucht. Eine Drogenkarriere, die ihresgleichen sucht. Auf einen Abschreckungseffekt zu hoffen, wäre allerdings naiv, obwohl die Schreckensmeldungen sich häufen.

In Turin ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen fünf Fussballclubs, nachdem in den vergangenen Jahren mehrere Profispieler einer Erkrankung des Nervensystems, die zu Muskelschwund und Lähmungen führt, erlegen sind. Die Staatsanwaltschaft spricht von bisher insgesamt 34 Fällen, in denen das Lou-Gehrig-Syndrom diagnostiziert wurde. In 15 Fällen mit tödlichem Ausgang. Ob es einen Zusammenhang mit vorangegangenen Doping gibt, ist unter anderem Gegenstand der Untersuchungen.

Was im US-amerikanischen Eishockey "Sudden Death" genannt wird - Sieger ist, wer das nächste Tor schießt -, hat sich auf dem Sportfeld als schaurige Realität zugetragen. Innerhalb von etwas mehr als einem Jahr sind zwölf Sportler an den Folgen eines plötzlichen Herzstillstands in der Arena gestorben. Ein in Kiew aktiver afrikanischer Fussballstar bekennt in der Zeitung "Le Parisien"¹⁰, er habe Angst um sein Leben. Zwei seiner Clubkollegen habe er wegen "plötzlichen Herzstillstands" verloren, und er zweifle an der Verträglichkeit all der Medikamente, die ihm von Vereinsmitarbeitern verabreicht werden: "Jedes Mal bei den Vorbereitungen gibt man uns zwei Tage vor dem Spiel Tabletten, bis zu neun verteilt auf drei Mahlzeiten." Auch Spritzen werden verabreicht am Vorabend grosser Spiele. Er wisse nicht, was er seinem Körper zuführe, und was er sich damit antue.

Sowohl der US-Leichtathletikverband wie auch die Führung des Weltverbands der Leichtathleten versprechen radikale Gegenmassnahmen und entschlossenes Vorgehen - wie üblich, wenn mal wieder ein Dopingskandal hochkocht und Olympische Spiele vor der Tür stehen. Ähnliches ist auch von den Vertretern des Tennisweltverbandes zu hören. Glaubwürdig klingen die Funktionäre nicht. Schon ihre Verbalradikalität macht sie verdächtig und lässt am Ernst ihrer Absichten zweifeln. Wer Sperren von vier Jahren bis "lebenslänglich" für Profisportler fordert, arbeitet mit "Taschenspielertricks".¹¹ Die ethischen Prinzipien des Sports stehen nicht über den Prinzipien des Rechtsstaats, das muss jeder wissen, der sich mit der Materie befasst.

Noch gilt das Prinzip der Verhältnismässigkeit mehr als das Bedürfnis nach moralischer Verurteilung und drakonischer Abstrafung. Urteile von Sportgerichten im Geiste des Zero-Tolerance-Dogmas, haben kaum eine Chance, vor einem ordentlichen Gericht zu bestehen. Dopingverfahren sind eben immer auch Arbeitsgerichtsverfahren. Das wissen die betroffenen Athleten und Athletinnen so gut wie ihre Rechtsberater, die wiederum wissen, dass oft schon die Ankündigung, zivilrechtlich gegen den jeweiligen Sportverband vorzugehen, genügt, um diesen zur Mässigung zu veranlassen. "Grotesk" und "effekthascherisch", nennt deshalb der Präsident des Deutschen Leichtathletik Verbandes (DLV) das Vorgehen seiner US-amerikanischen Kollegen: "Bei zukünftigen Doping-Fällen verhängen die Amerikaner eine Strafe, die nicht anwendbar ist."¹²

Dabei müssten sich die Vertreter des US-Sports doch nur an den Richtlinien der Welt-Antidoping-Agentur (WADA) orientieren. Aber genau da liegt das Problem. Noch immer gibt es in den USA ein Vollzugsdefizit bei der Umsetzung des vor einem Jahr in Kopenhagen verabschiedeten WADA-Codes. "Da ist eine Leere, die uns beunruhigt", klagt der Vorsitzende der WADA. "Unser Eindruck ist, dass da nicht das geringste Interesse vorhanden ist."¹³

Die Regierung der USA ist nicht nur mit ihrem versprochenen Beitrag zum Unterhalt der Agentur im Verzug, die Dopingrichtlinien der meisten US-Sportverbände sind nach wie vor unvereinbar mit dem, was in Kopenhagen beschlossen wurde. Die neuen Regeln der Major League Baseball (MLB) beispielsweise empfindet der WADA-Vorsitzende als einen "absoluten Witz", als eine "Beleidigung im Kampf gegen den Missbrauch von Dopingmitteln". Obwohl im Rahmen eines Tests fünf bis sieben Prozent der Athleten positiv auf Steroide getestet wurden, gab es keine Strafen. Auch die Anonymität der Täter blieb gewahrt. So war es bisher. Nun haben die Baseball-Bosse unter dem Druck der Regierung einen Strafenkatalog festgelegt, der, wenn man es moralisch nimmt, eine echte Provokation ist. Ersttäter bleiben unbestraft und ungesperrt. Sie werden ermahnt. Zweittäter werden für 15 Tage gesperrt oder mit einer Geldstrafe von 11.000 Dollar belegt. Ein dritter positiver Test hat eine Sperre von 25 Tagen bzw. eine Geldstrafe von 25.000 Dollar zur Folge, der vierte wird mit einer 50tägigen Sperre oder 50.000 Dollar abgegolten. Bei fünf Vergehen schliesslich sind ein Jahr Spielsperre oder 100.000 Dollar fällig.

Eine Provokation, wie gesagt, wenn man es moralisch nimmt. Nimmt man es ökonomisch, dann macht der gestaffelte Strafenkatalog Sinn. Denn eine Sperre im Profisport bedeutet für den Athleten Berufsverbot, für den Club, der ihn gekauft

hat, bedeutet sie Kapitalvernichtung, und das verschärft, wenn der Verein als Aktiengesellschaft börsennotiert ist. Dem sei Rechnung zu tragen, fordert der Präsident des Weltfußballverbandes (FIFA). Der von 81 Nationen und 62 Sportverbänden unterzeichnete WADA-Kodex sieht eine automatische Sperre von zwei Jahren bei Ersttätern vor. Das sei inakzeptabel, sagt der FIFA-Präsident und fordert die Einzelfallprüfung: "Jeder Sportler hat ein Recht darauf, dass sein spezieller Fall unabhängig geprüft und bewertet wird."¹⁴ Nach langen Auseinandersetzungen haben sich FIFA und WADA auf einen Kompromiss geeinigt, der von manchem Beobachter als der Anfang vom Ende der Kopenhagener Beschlüsse betrachtet wird. Mit dem individuellen Fallmanagement, das der FIFA zugesichert wurde, und das anderen Verbänden nicht verweigert werden kann, wird, daran kann es keinen Zweifel geben, der WADA-Kodex aufgeweicht. Mit der Weigerung vieler zur Zahlung verpflichteter Nationen, ihren Anteil zur Finanzierung der Agentur zu leisten, wird, auch daran kann kein Zweifel bestehen, deren Schlagkraft geschwächt.

Die Olympischen Spiele in Athen 2004, so sie denn stattfinden, was bei Manuskriptabgabe eher fraglich war, werden den Konflikt zwischen der US-Regierung und der Welt-Antidoping-Agentur weiter zuspitzen. Es wird sich zeigen, wie standfest die Unterzeichner des Kopenhagener WADA-Codes sind, wenn die US-Regierung wieder einmal Sonderregeln für sich und ihre Sportverbände beansprucht. Wie es aussieht, kann New York City seine Bewerbung um die Austragungsrechte für die Sommerspiele 2012 vergessen, vorausgesetzt, die Kopenhagener Beschlüsse werden so umgesetzt, wie sie beschlossen wurden. Und natürlich wartet alle Welt gespannt darauf, welche Dopingvariante die diesjährigen Sommerspiele beherrschen wird. Experten rechnen mit Gendoping und schicken zur Absicherung schon mal voraus, dass die Möglichkeiten, Gendoping nachzuweisen, äusserst beschränkt seien, auch weil die finanziellen Mittel fehlten, entsprechende Messgeräte zu entwickeln. Von der Euphorie und der Entschlossenheit, die von der Kopenhagener Konferenz im März 2003 ausging, ist ein Jahr danach nichts mehr zu spüren.

Der Mohn ist aufgegangen, die Frühjahrsernte ist eingebracht im Norden Afghanistans, wo ein deutsches Truppenkontingent stationiert ist, hinter dessen Rücken Mohn angebaut und Opium geerntet wird. Ob es eine Rekordernte wurde, wie UN-Beobachter, Mitarbeiter von nichtstaatlichen Hilfsorganisationen, Vertreter des Internationalen Währungsfonds, Europol und die Sprecher diverser Geheimdienste voraussagten, wird die Marktentwicklung zeigen.

Auftrag der Bundeswehrosoldaten ist die politische und militärische Stabilisierung der Region um Kundus. Das Mandat schliesst eine Teilnahme am "war on drugs" aus. Und zwar ausdrücklich. Die Verwicklung in Kämpfe mit Drogenhändlern sei zu gefährlich, argumentiert der für das Militär zuständige Minister, die Dealer seien "von äusserster Brutalität"¹⁵.

Trotz dieser militärischen Selbstbeschränkung hatte die US-Regierung nichts einzuwenden gegen den Austausch ihres in Kundus bereits aktiven Wiederaufbauteams. Warum auch? Wegschauen und Nichtstun sind eine bevorzugte Variante der US-Drogenkriegsstrategie. Solange sich die deutschen Soldaten, wie vor ihnen schon die amerikanischen GIs, damit zufrieden geben, den Provinz-Notablen ihre Referenz zu erweisen und durch ihre Präsenz die zivilen Aufbaukräfte zu schützen, sind Handel und Wandel in der Region gesichert. Wechselnde Bündnisse mit Warlords und Opiumhändlern sind selbstverständlicher Bestandteil dieser Strategie. Als es noch gegen die Truppen der Sowjetunion ging, übernahmen die Mudjaheddin mit Billigung der US-Regierung und deren Geheimdienste das Opiummonopol. Heute sind es die Warlords der Nordallianz.

Mit der Stationierung von Truppen im Norden Afghanistans ist Deutschland Kriegspartei im "war on drugs". Daran gibt es nichts zu deuteln. Zu Recht nannte ein Bundestagsabgeordneter der FDP den Auftrag eine "Mission impossible"¹⁶. Dass sich Vertreter zahlreicher Hilfsorganisationen energisch gegen eine "Militarisierung der humanitären Hilfe" aussprachen und sich aus Selbstschutzgründen den Schutz der Bundeswehr verboten, ist nur einer von

Selbstschutzgründen den Schutz der Bundeswehr verbieten, ist nur einer von vielen Nebenwidersprüchen dieser konfuse Strategie. Auch rechtspolitisch ist die Selbstbeschränkung des Mandats nur schwer nachvollziehbar: An der Heimatfront mit der ganzen Wucht des Gesetzes gegen Dealer und Konsumenten vorzugehen, bei der Verbindungsaufnahme an der Drogenfront sich aber damit zu begnügen, mit Druglords Tee zu trinken und honigsüßes Gebäck zu knabbern, ist ein Verstoß gegen das allgemeine Rechtsempfinden.

Es ist offenkundig, dass die Selbstbeschränkung des deutschen Kontingents auf eine Selbstblockade hinausläuft und damit auf eine Gefährdung des Auftrags. Denn mit den Geldern aus dem Opiumhandel füllen die Milizen und Privatarmeen der Nordallianz ihre Kriegskassen. Das schwächt die Macht der Zentralregierung in Kabul, die den Anbau von Mohn und den Handel mit Opium zwar unter Strafe stellt, jedoch Schwierigkeiten hat, dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Wobei offen ist, ob die Zentralregierung überhaupt daran interessiert sein kann, sich mit lokalen Kriegsherren und Bauern anzulegen, die in weit entfernten Tälern Mohn anbauen, um sich und ihre Familien zu ernähren.

Unterdessen wird nur noch in vier von 32 Provinzen Afghanistans kein Mohn angebaut. Rund 1,7 Millionen Menschen leben von der Opiumproduktion. Das sind sieben Prozent der auf 24 Millionen geschätzten Gesamtbevölkerung. Das Überangebot an Rohopium drückt zwar den Produzentenpreis, doch liegt der für Rohopium noch immer weit über dem, was mit dem Anbau traditioneller Agrarprodukte zu erzielen ist. Es ist die Not, welche die Menschen, oft gegen schwerwiegende religiöse Bedenken, zu Mohnbauern macht. Denn die Koranschüler verkünden, der Mohnanbau zum Zwecke der Opiumgewinnung sei unislamisch, was die Taliban aber nicht daran hindert, in ihren wiedergewonnen Einflussgebieten entlang der Grenze zu Pakistan, Mohn anbauen und Heroin produzieren zu lassen.

Um den Ernst der Lage zu unterstreichen, wurden Anfang Februar 2004 einige Hundert Experten zu einem Anti-Drogen-Kongress nach Kabul gerufen. Wieder eine dieser nutzlosen Konferenzen, die vorspielen, das Problem sei lösbar, und Vorschläge unterbreiten, die anderswo schon unzählige Male gescheitert sind.

Sehr viel realistischer erscheint auf den ersten Blick die Lagebeurteilung des Kommandeurs der ISAF-Truppen in Kabul. Der Nato-General, ein Deutscher, will trotz der Gefahr militärischer Auseinandersetzungen gegen den Opiumhandel vorgehen, um eine weitere Schwächung der Zentralregierung zu verhindern. "Es gibt ein greifbares Risiko", warnt ein UN-Mitarbeiter, "dass Afghanistan als Staat wieder scheitert und dieses Mal in die Hände von Drogenkartellen und Rauschgift-Terroristen fällt."¹⁷ Auch die mit der Lösung des Opiumproblems beauftragten britischen Truppen sind vor dem Hintergrund dieser Lageanalyse entschlossen, das Problem notfalls mit Waffengewalt zu lösen. Erste Mohnfelder sollen bereits abgepackelt worden sein. Was nicht viel sagt, denn die medienwirksame Verbrennung von Lagerbeständen und die öffentliche Vernichtung von Mohnfeldern gehört zum Standardrepertoire der Drogenkriegspropaganda.

Sollten ISAF-Truppen - mit oder ohne Beteiligung der Bundeswehr - tatsächlich gegen die Opiumindustrie vorgehen, wird es zu erbitterten internen Verteilungskämpfen um den verbleibenden Rest kommen. Denn wessen Mohnfelder abgepackelt, wessen Lagerbestände zerstört werden und wessen nicht, ist die entscheidende Frage. Es ist eine Machtfrage beziehungsweise eine Frage der jeweiligen Bündniskonstellation.

Im Einsatzgebiet des deutschen Truppenkontingents ist es Anfang Februar 2004 zu ersten bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Auslöser des Konflikts, der mehrere Milizsoldaten das Leben kostete, war ein Streit über die Frage, welchem Kriegsherrn das Recht zustehe, Steuern auf die bevorstehende Mohnernte zu erheben. Die acht in Reserve gehaltenen Kleinpanzer vom Typ Wiesel werden jedenfalls zur Selbstverteidigung des in Kundus stationierten Kontingents nicht ausreichen, wenn die Auseinandersetzungen zunehmen und wenn ISAF-Truppen eingreifen sollten.

Angenommen, was zur Zeit noch als eher unwahrscheinlich gilt, die Bundeswehrführung wäre unter dem Druck ihrer Verbündeten zu einem Strategiewechsel bereit und würde umschalten vom Nichtstun und Wegschauen aufs Hinsehen und Zuschlagen - was wäre gewonnen? Die schon lange überfällige Marktberreinigung wäre dann endlich vollzogen. Das wäre gewonnen. Denn die afghanische Opiumindustrie steckt in einer überproduktionskrise. Was könnte denen, die am Markt verbleiben, willkommener sein als eine Militäraktion, welche die Lagerbestände der Konkurrenz vernichtet und die Preise wieder nach oben treibt? Der europäische Markt zeigt Sättigungstendenzen. Noch nie war der Heroinpreis so niedrig, noch nie der Heroinanteil im Strassengramm so hoch wie heute. In Hamburg durchgeführte Laboranalysen ergaben einen durchschnittlichen Heroinanteil von 35 bis 40 Prozent. Bis noch vor kurzem lag er bei zwölf, wenn's hoch kam bei 20 Prozent. Dieser Preisverfall und die Stagnation der Nachfrage am europäischen Hartwährungsmarkt sind nicht einfach durch eine gesteigerte Binnennachfrage zu kompensieren, obwohl schon heute der grösste Teil des in Afghanistan produzierten Heroins in den Nachbarländern Iran und Pakistan sowie in den Südstaaten der früheren Sowjetunion konsumiert wird. Seit Neuestem gibt es auch eine Heroin-Nachfrage in Afghanistan selbst. Rückkehrer aus den Elendslagern in Pakistan und dem Iran haben die Sucht eingeschleppt. Mit der Nadel kommt das Virus. Aids in Afghanistan ist ein Thema, das die Weltgesundheitsorganisation schon bald beschäftigen wird.

Selbst wenn die Binnennachfrage in Afghanistan und dessen Nachbarstaaten weiter steigen sollte, bleibt doch der europäische Markt, wo die höchsten Profite zu erzielen sind, weiter im Visier der afghanischen Opiumindustrie. Neue Vermarktungsstrategien müssen her, um den Imageverlust von Heroin und die dadurch bedingte Stagnation der Nachfrage am europäischen Markt auszugleichen. Und tatsächlich deutet vieles auf die Renaissance einer alten, in den 1960er Jahren besonders in England populären Konsumgewohnheit. Deren Vorboten sind auch am deutschen Markt zu registrieren, vorausgesetzt, man ist weniger begriffsstutzig als die Fahndungsbehörden in Nordrhein-Westfalen.

Zwei Jahre hatte die Polizei in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens ermittelt, bevor sie zum Jahresende 2003 zuschlug und bei einem Grosseinsatz in einer Düsseldorfer Wohnung 270 Kilogramm Opium beschlagnahmte. Sieben Verdächtige sitzen seitdem in U-Haft. Mit weiteren Festnahmen sei zu rechnen, hiess es. Spuren, die nach Skandinavien, in die USA und nach Grossbritannien führen, verwiesen auf eine international tätige Bande, erklärte ein Sprecher der Fahndungsbehörden. Dieses Mal handelt es sich um keine Übertreibung, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft von einer "Rekordmenge" sprechen und der Innenminister von Nordrhein-Westfalen den Erfolg als sensationell und als "Schlag gegen den internationalen organisierten Drogenhandel" feiert. Gemessen an den 60 bis höchstens 70 Kilogramm jährlich, die sonst bundesweit sichergestellt werden, sind 270 Kilogramm auf einen Schlag und an einem Ort eine gigantische Menge. Die Fahnder vermuten, der Stoff komme aus dem Iran oder aus Afghanistan. Möglicherweise, so der Chefermittler, sei das Opium in Deutschland deponiert worden, um "der Wirtung in diesen Ländern" zu entgehen. Die Polizei, das ist unüberhörbar, hat Schwierigkeiten, ihren "sensationellen" Opiumfund einzuordnen. Man habe die Ermittlungen deshalb so lange ausgedehnt, heisst es, weil man hoffte, zu den Labors vorzustossen, in denen das Opium zu Heroin verarbeitet werden sollte. Vergeblich. Auch bei der Hochrechnung des Marktwertes der beschlagnahmten Menge gehen die Fahnder davon aus, dass ihr Fund nur ein Vorprodukt der Heroinherstellung ist.

Dabei deuten die in der Düsseldorfer Wohnung sichergestellten Beweismittel in eine ganz andere Richtung. Opiumspuren an einem Fleischwolf lassen darauf schliessen, dass die klebrige Masse mit Hilfe dieses Geräts portioniert wurde. Davon auszugehen, dass die Käufer den Stoff in illegalen Labors hundertgrammweise zu Heroin verarbeiten lassen würden, ist aber ganz und gar unrealistisch. Sehr viel wahrscheinlicher ist, dass das beschlagnahmte Opium als Endprodukt vermarktet werden sollte. Im London der 1960er Jahre war Opium eine hochbegehrte und, bei

entsprechenden Connections, leicht verfügbare Droge, die wie Haschisch und Marihuana geraucht wurde. Im Laufe der 70er und 80er Jahre verlor Opium an Bedeutung und wurde zu einem Nebenprodukt am Drogenmarkt. Der Düsseldorfer Fund könnte Vorbote einer Renaissance von Opium als Rauchtroge sein. In einer Zeit, in der so viele aus ihren New-Economy-Träumen gerissen werden, bietet sich das klassische Traumelexier als zeitgeistgemässes Substitut geradezu an.

Wie ist es möglich, dass eine so offenkundig irrationale Politik mit all ihren destruktiven gesellschaftlichen Folgen politisch auf keinen nennenswerten Widerstand stösst? Was geht in den Köpfen derer vor, die diese Politik zu verantworten haben? Das sind keine rhetorischen Fragen, sondern solche, mit denen ich in den Diskussionen im Anschluss an Lesungen oder Vorträge ständig konfrontiert werde.

In allen Phasen meiner Arbeit als Autor habe ich mich dem Publikum beziehungsweise den Leserinnen und Lesern meiner Bücher gestellt. Dabei konnte ich in den drei Jahrzehnten, die ich an der Drogendiskussion teilnehme, Einstellungsveränderungen registrieren, die enorm sind, misst man sie an der verbohnten, hysterischen Diskussion in den 60er und 70er Jahren. Aus Erfahrung sage ich deshalb, dass die politisch interessierte Öffentlichkeit heute vom Ausmass des Problems und dessen globaler Dimension mehr verstanden hat als die Politikerklasse in den Staaten der Europäischen Union - von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Das von Praktikern und Experten der Drogenarbeit entwickelte Akzeptanzkonzept hat sich im Bewusstsein der interessierten Öffentlichkeit festgesetzt: "Der Konsum von Drogen wird als gesellschaftliches Problem und gleichzeitig unumstössliche Realität anerkannt." Das heisst in die Realität des gesellschaftlichen Alltags übersetzt: Man nimmt wahr und akzeptiert, dass Menschen Drogen nehmen, dass die meisten, die es tun, die damit verbundenen Risiken im Griff haben, und dass denen, die damit Probleme haben, geholfen werden soll.

Anders ist die Lage, so jedenfalls mein Eindruck, in der Öffentlichkeit der meisten osteuropäischen Beitrittsländer. Dort werden in Übereinstimmung mit der politischen Klasse autoritäre Lösungen bevorzugt. Ob diese Haltung auf die gesamteuropäische Drogenpolitik durchschlagen wird, ist offen und wird sich schon bald zeigen. Das könnte ein böses Erwachen und ein harter Rückschlag werden, weil die Bereitschaft zu repressiven Lösungen auch bei vielen westeuropäischen Politikern und Meinungsführern vorhanden ist. In Schweden folgt man dem US-amerikanischen Beispiel und setzt, wie auch in Frankreich, auf eine repressive, leicht modifizierte Zero-Tolerance-Politik. Italien wird hinter alles zurückfallen, was drogenpolitisch in den zurückliegenden Jahren erreicht wurde, sollte sich der Neofaschist Gianfranco Fini mit seinem drogenpolitischen Konzept durchsetzen. Es ist zu befürchten, dass mit der EU-Osterweiterung das autoritäre Lager in der drogenpolitischen Auseinandersetzung gestärkt wird.

Noch in den frühen 90er Jahren mündete die drogenpolitische Diskussion, wenn jemand es wagte, das Prohibitionsdogma öffentlich in Frage zu stellen, gewöhnlich in einen verbissenen ideologischen Schlagabtausch. Diese Art der Auseinandersetzung findet heute nur noch dann statt, wenn Vertreter politischer Parteien beteiligt sind. Das Publikum, soweit es sich überhaupt für die Drogenfrage interessiert, weiss, dass deren Politik gescheitert ist, und es ahnt, dass es Kräfte gibt, die daran interessiert sind, den bestehenden Zustand aufrecht zu erhalten.

Niemand in den Diskussionen im Anschluss an Lesungen oder Vorträge widerspricht der These meines Buches, dass die Drogen der Zukunft Pharmadrogen sein werden und dass die daraus erwachsenden Probleme viel zu wenig beachtet werden. Niemand widerspricht auch, wenn die internationale Drogenpolitik als gescheitert dargestellt wird und die Fixierung auf illegalisierte Drogen als ein Irrweg. Und trotzdem konzentriert sich die öffentliche Auseinandersetzung nach wie vor auf Cannabis, Heroin, Kokain und, wenn auch mit nachlassendem Interesse, LSD. Was sind die Gründe für diese Fixierung? Es dürfte

weniger die Faszination des Illegalen und Verbotenen sein als die der Ich-entgrenzenden Eigenschaften, welche diesen Substanzen zugeschrieben werden. Das weckt tief schlummernde Sehnsüchte, es macht aber auch Angst, denn ekstatische Ich-Entgrenzung kollidiert mit dem Anspruch auf Selbstkontrolle, der als gesellschaftlicher Wert unverändert gültig ist, auch und gerade in den Zeiten des Neoliberalismus. Wenn, wie behauptet wird und nachzulesen ist, unter dem Einfluss von Cannabis oder LSD Gedanken ihre logische Gestalt verlieren und sich in Assoziationen auflösen, wenn die Zweck-Mittel-Rationalität nicht mehr gilt und "Zeit" eine neue Dimension gewinnt und das alles als eine beglückende Erfahrung geschildert wird, dann kommen, wie Aldo Legnaro schreibt, "soziale Ängste" auf vor der Abwanderung von immer mehr Menschen "in andere kulturelle Sinnwelten"¹⁸.

So übertrieben und wahnhaft diese Ängste auch erscheinen mögen, sie haben einen rationalen Kern, den es zu berücksichtigen gilt, will man sich mit den Vertretern von Repression und Prohibition argumentativ, soweit das überhaupt möglich ist, auseinandersetzen. Die Zweck-Mittel-Rationalität des bürgerlichen Zeitalters, die alles Spirituelle ausklammert und in den Bereich des Privaten verbannt, hat einen Typus von Fortschritt geschaffen, dessen Beherrschung bei Gefahr des Untergangs ein Höchstmass an Nüchternheit verlangt. Das ist eine Tatsache, die auch von den Kritikern der herrschenden Drogenpolitik in ihre Risikoabwägung einbezogen wird.

Warum aber wird vor diesem Hintergrund die Angst vor Kontrollverlust nicht auch mit der Wirkungsweise von Pharmadrogen in Verbindung gebracht? Weil Pharmadrogen a priori nicht auf Ich-Entgrenzung und Ekstase angelegt sind. Stellen sie sich dennoch ein, dann handelt es sich um eine unerwünschte Nebenwirkung. Pharmadrogen sollen menschliche Gefühlszustände steuern, kanalisieren, kontrollieren, dämpfen und manchmal auch aufhellen. In der Einschätzung ihrer Konsumenten sind sie grundsätzlich beherrschbar. Dass auch Pharmadrogen in "andere Sinnwelten" bis hin zur Wesensveränderung des Menschen führen können, wird mehrheitlich verleugnet und verdrängt. Hier beginnt die Zuständigkeit der Psychoanalytik..

So interessant der Versuch auch sein mag, die Motive und die Ängste derer zu ergründen, die das drogenpolitische Desaster zu verantworten haben, so trägt doch die gute alte Frage nach den politischen und ökonomischen Interessen mehr zum Verständnis des Problems bei. Doch auch da muss man fragen: Wie ist es möglich, dass in einer Zeit, die durch rabiaten Sparen in allen gesellschaftlichen Bereichen gekennzeichnet ist, auf eine Kosten-Nutzen-Analyse der herrschenden Drogenpolitik verzichtet wird? Aber was heisst hier verzichten? Das würde ja bedeuten, dass eine Güterabwägung vollzogen wurde. Tatsächlich aber wird die politisch-ökonomische Seite des Problems gar nicht erst angesprochen. Über der Prohibitionsfrage liegt ein Tabu.

Es war atemberaubend zu beobachten, wie auf der Berliner Afghanistankonferenz Ende März 2004 plötzlich das Opiumproblem in den Vordergrund des politischen und medialen Interesses rückte und als eine der Hauptursachen allen Übels in Afghanistan ausgemacht wurde, ohne dass auch nur ein einziger plausibler Vorschlag gemacht worden wäre, wie man des Problems Herr werden könnte. Aus Andeutungen ist zu schliessen, dass das Ganze wohl auf eine militärische Lösung zusteuert. Früher oder später. Nicht ein einziger Politiker kam, angesichts der vom Drogenhandel ausgehenden Gefahren für die Entwicklung Afghanistans auf die Idee, zum Kern des Problems vorzustossen und folgerichtig das Prohibitionsdogma in Frage zu stellen.

Deshalb wird sich die Politik auch kaum von Berechnungen über die "finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen einer Cannabislegalisierung" beeindruckt lassen, die der Deutsche Hanf Verband im Oktober 2003 als Diskussionsbeitrag veröffentlicht und ins Internet gestellt hat. Es handelt sich um grobe Schätzungen des Umsatzes und der Profite einer Industrie, die in einigen Regionen der Schweiz und in den Niederlanden einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor darstellt. Auch in Kanada hat sich heimlich, still und leise im Schatten der US- Repressionspolitik eine

Cannabisindustrie entwickelt, die den US-Markt bis in den Süden Kaliforniens beliefert und deren Wertschöpfung, wie die "Neue Zürcher Zeitung" schreibt, "zwischen die Hochseefischerei und die Rindviehzucht zu liegen kommt".¹⁹

Natürlich stehen die Berechnungen des Hanfverbandes für den deutschen Markt auf einem statistisch unsicheren Grund. Die Autoren sind sich dessen bewusst: "Wegen des unzureichenden Quellenmaterials können wir in allen Bereichen nur grobe Schätzungen vornehmen." Die vorsichtigen Analogieschlüsse, welche die Autoren aus Studien in England, der Schweiz, den Niederlanden und Belgien ziehen, sind jedoch nachvollziehbar. Die durch das Verbot entgangene Cannabissteuer wird im Diskussionspapier des Hanfverbandes auf jährlich zwischen 530 Millionen und 2,8 Milliarden Euro geschätzt. Problematisch bei diesen Hochrechnungen ist die Festlegung des Steuersatzes. Erst im Feldversuch eines legalen Marktes liesse sich klären, wieviel Steuer der Konsument zu tragen bereit ist, bevor er sich wieder am Schwarzmarkt zu versorgen beginnt. Es wäre nicht nur ein Fehler, mit Steuerversprechungen falsche Erwartungen zu schüren, es wäre auch falsch, den Eindruck zu erwecken, es bedürfe des Steuer-Argumentes, um die Legalisierung von Cannabis zu legitimieren. Das kann immer nur ein Hilfsargument sein.

Auf ähnlich unsicherer Datenbasis bewegen sich auch die Berechnungen der Repressionskosten für die Durchsetzung der Hanfprohibition. Schätzungen kommen auf jährlich 3,85 Milliarden Euro, während die Autoren des Hanfverbandes in ihrer eigenen konservativen Schätzung die Repressionskosten auf eine Milliarde Euro veranschlagen. Ist das zu viel? Ist das zu wenig? Sollten die Etats der Fahndungsbehörden aufgestockt oder zusammengestrichen werden? Selbst Befürworter der Repression haben Mühe, Erfolgskriterien zu definieren, die den enormen Aufwand für Polizei, Zoll, Militär, Geheimdienste sowie das Justiz- und das Strafvollzugssystem rechtfertigen könnten. Geht man davon aus, dass nur ein verschwindend geringer Teil des am Weltmarkt zirkulierenden Drogenangebots im Netz der Fahnder hängenbleibt, versteht man, warum die Fahndungsbehörden von Zeit zu Zeit, um ihre Erfolglosigkeit zu verdecken, selbst Deals einfädeln, die ohne ihre Initiative nicht zustande gekommen wären. Die Aufregung um den grössten Rauschgiftfund der bundesdeutschen Geschichte, der in Wahrheit, wie ein ARD-Bericht im März 2004 behauptet, von der Polizei angeschoben und organisiert worden war, zeugt nur von der Ignoranz oder bestenfalls der Vergesslichkeit derer, die sich öffentlich erregen, wie etwa der Oppositionsführer im Hessischen Landtag, der vom grössten Polizeiskandal in der Geschichte Hessens spricht. Dabei vergisst er zu erwähnen, dass Scheingeschäfte auch in diesem Umfang - es handelt sich um 1,2 Tonnen Kokain - gängige Praxis sind im globalen "war on drugs".

Die unsichere Datenlage, der Mangel an Information und politischer Reflexion fallen voll zurück auf die politische Klasse in den europäischen Verbraucherländern. Wir haben es hier mit dem Phänomen der Politikverweigerung zu tun. Entweder die Bedrohungsanalysen, die bei ständiger Dosissteigerung von Regierungskonferenz zu Regierungskonferenz gereicht werden, sind falsch und übertrieben, oder aber das Problem ist so gravierend wie behauptet wird, was politische Konsequenzen zu haben hätte. Doch auf Regierungsebene wie auch in den Mainstreammedien wird über Drogen nur noch im Zusammenhang mit der inneren und äusseren Sicherheit räsoniert. Aufgabe der Parlamente wäre es, das hoch komplexe Thema "Drogenpolitik im Zeitalter der Globalisierung" auf die Agenda zu setzen. Eine Enquetekommission mit dem Entwurf von Lösungsszenarien zu beauftragen, die frei sind von ideologischen und moralischen Vorgaben, ist das mindeste, was man von den Parlamentariern der Europäischen Union erwarten darf.

Eine Initiative in diese Richtung hätte von der parlamentarischen Linken auszugehen, das ist evident. Die Rechte ist an einer Revision der Drogenpolitik nicht interessiert, weil sie aus wahltaktischen Gründen nur ungern darauf verzichtet, das Angstpotential abzuschöpfen, das dem Thema Drogen innewohnt. Doch auch die Linke verzichtet darauf, eine der "gravierendsten Fehlentwicklungen des Globalisierungsprozesses" zu korrigieren. Bestes Beispiel für das Versagen der parlamentarischen Linken in der Drogenfrage ist die Politik des grünen Teils der

deutschen Regierungskoalition. Alle Verlautbarungen der von den Sozialdemokraten eingesetzten Bundesdrogenbeauftragten sind so substanzlos, dass es nicht lohnt, näher auf sie einzugehen. Politiker der Grünen dagegen haben über viele Jahre hinweg mit grossem Engagement und hoher Kompetenz die drogenpolitische Entwicklung beeinflusst und mitgestaltet. Nun, wo die Partei den Aussenminister stellt und die Richtlinien der Aussenpolitik mitbestimmen kann, wäre es an der Zeit, die Drogenfrage erneut auf die Agenda der Vereinten Nationen zu setzen, um dem mit terroristischen Mitteln geführten "Krieg gegen Drogen" endlich Einhalt zu gebieten. Nichts dergleichen geschieht, obwohl doch die Drogenfrage das einzig genuin grüne aussenpolitische Thema wäre. Welchen geringen Stellenwert das Thema hat, seitdem die Partei der Grünen an der Regierung beteiligt ist, beweist nicht nur das immer wieder gebrochene Versprechen, Cannabis zu legalisieren, das sich wie ein Running Gag durch die Wahlkämpfe der Grünen zieht, auch die törichten Zwischenrufe zweier grüner Spitzenpolitikerinnen in der Bundestagsdebatte um die Stationierung deutscher Truppen in einem Opiumanbaugebiet sind Zeugnisse der grünen Selbstamputation in der Drogenfrage.

Auch in Brasilien, wo mit Luiz Inácio Lula da Silva ein als links geltender Politiker die Regierung führt, macht sich Enttäuschung breit über den drogenpolitischen Kurs des neuen Präsidenten, der noch als Präsidentschaftskandidat ein der UNO vorgelegtes Manifest unterzeichnete, das eine Änderung der internationalen Drogenpolitik forderte. Heute trägt Lula "weiterhin Washingtons Verbotspolitik mit", wie der frühere Richter und Vorsitzende des Brasilianischen Instituts für Kriminalwissenschaften Walter Maierovich kritisiert. Seit der Präsidentschaft von Richard Nixon benutzen die USA, so Maierovich, "die illegalen Drogen dazu, um ihre strategischen, hegemonialen und politischen Interessen zu kaschieren". Das für die Drogenfrage zuständige Sekretariat stehe unter dem Einfluss des brasilianischen Militärs, welches "die gleiche kriminalisierende, dämonisierende Sichtweise auf den Drogenkonsum und die Drogenökonomie"²⁰ habe wie die Regierung der USA.

Weder die deutsche noch die brasilianische Regierung noch die irgendeines anderen Landes ist bereit, sich gegen das drogenpolitische Diktat der US-Regierung und deren Krieg gegen Drogen zur Wehr zu setzen. Vielleicht ist es die Scheu vor einer Konfrontation mit den involvierten Geheimdiensten, welche unabhängig von den Vorgaben der jeweiligen Administration ihren "war on drugs" - mal mehr, mal weniger intensiv - durchziehen. Und das seit mehr als dreissig Jahren. Die US-amerikanischen Dienste, allen voran die Central Intelligence Agency (CIA), von Thomas Kistner in seiner lesenswerten Reportage "Die Toten von Leticia"²¹ mit "Central Interest Agency" übersetzt, blocken jeden Versuch ab, ihren Aktionsradius zu stören, erst recht dann, wenn es um Lateinamerika geht: "Wie der Irak in Mittelost, soll Kolumbien im amerikanischen Hinterhof zum Kommandostand werden, von wo aus die Region neu geordnet wird. Der Job erfordert stille Fachleute. Ein Job für die CIA".²²

Man macht sich wohl kaum der Verbreitung von Verschwörungstheorien schuldig, wenn man die besondere Rolle der Geheimdienste in diesem Geflecht von unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessen hervorhebt. Es trifft sich gut, dass Alfred W. McCoys 1972 veröffentlichter Klassiker "The Politics of Heroin in South East Asia" nun auf deutsch unter dem Titel "Die CIA und das Heroin. Weltpolitik durch Drogenhandel"²³ erschienen ist. McCoy hat sein Werk, das auch in den USA selbst als seriöse Quelle eines seriösen Historikers gilt, aktualisiert. Er endet da, wo sich heute das Problem am krassesten darstellt: in Afghanistan bei den Taliban in den Tälern des Hindukusch. Allein schon die Tatsache, dass die CIA McCoys Verlag Harper and Row drängte, auf eine Veröffentlichung zu verzichten, und zwar mit der Begründung, das Buch stelle "eine Bedrohung der nationalen Sicherheit dar", ist ein Gütesiegel für McCoys Arbeit.

Der Autor nimmt die Leserin und den Leser mit auf einen Drogentrip, der rund um den Globus führt von den USA nach Europa, nach Mexico und nach Thailand, von Thailand nach Birma, Hongkong und Schanghai, von Saigon nach Manila, von Kolumbien nach Afghanistan. Und immer ist die CIA Reisebegleiter. In der

Erstausgabe von 1972 begnügte sich McCoy damit, Fakten zu sammeln und Verbindungen herzustellen. über die Ursache des Problems machte er sich nur wenig Gedanken. Erst jetzt, schreibt McCoy im Vorwort der deutschen Ausgabe, sei er in der Lage, "die kontraproduktive Dynamik der amerikanischen Prohibitionspolitik zu erkennen". Die US-Drogenpolitik ignoriere, angetrieben von einem kurzfristigen Moralismus, "die fundamentale Marktdynamik des globalen Drogenhandels". Drogen sind, resümiert McCoy, "nicht einfach illegal oder unmoralisch. Sie sind die Quelle aussergewöhnlicher Profite und Macht. Opium und Kokainprodukte sind globale Waren. Sie unterliegen politischen und ökonomischen Bedingungen - und produzieren sie zugleich." So ist es.

Und welche Rolle spielt nun die CIA im Netzwerk des organisierten Drogenhandels? Kann McCoy bestätigen, was Kritiker den US-Geheimdiensten, insonderheit der CIA, schon seit langem vorwerfen? In seinem Schlusskapitel nimmt sich McCoy vier der häufigsten gegen die CIA erhobenen Anschuldigungen vor.

Die Frage, ob der Geheimdienst sich jemals mit Drogenhändlern verbündete, beantwortet er klipp und klar: "Ja, ohne jeden Zweifel. Obwohl einst ein umstrittener Vorwurf, macht sich mittlerweile nicht einmal mehr die CIA selbst Mühe, ihre taktischen Bündnisse mit Drogenhändlern in Asien und den beiden Amerikas abzustreiten."

Zweite Frage: Hat die CIA ihre Bündnispartner und Bundesgenossen vor Verfolgung geschützt? Antwort McCoy: "Ja, es gibt ein wiederkehrendes Muster solchen Schutzes."

Nicht ganz so eindeutig ist McCoys Antwort auf die Frage, ob die CIA Kokainschmuggler gezielt dazu brachte, die afroamerikanischen Gemeinden mit Crack zu versorgen. "Nein, gezielt nicht", antwortet McCoy und stellt sich damit in Widerspruch zu äusserungen von Vertretern der afroamerikanischen Bevölkerung, die genau das unterstellen. Hintergrund der Frage ist der zeitliche Zusammenhang zwischen den von der CIA eingefädelt Kokaindeals zur Unterstützung der Contra-Banden in Nicaragua und dem Auftauchen von Crack in den afroamerikanischen Gemeinden an der Westküste der USA. McCoy hat keine Belege dafür gefunden, dass die CIA, wie noch in den Zeiten des Vietnamkrieges, als Transporthelfer an der Crack-Versorgung beteiligt war. Aber natürlich ist der Intelligence Agency nicht entgangen, welchen Weg die Droge vom Ursprungsland über Nicaragua in die Ghettos der US-amerikanischen Städte nahm. Und "sie tat nichts, um diesen Rauschgiftstrom zu unterbinden".

Trugen in den vierzig Jahren des Kalten Krieges die CIA-Bündnisse mit Drogenbaronen zur Expansion des globalen Drogenhandels bei? Ja, sagt McCoy, sie lieferten die entscheidenden Elemente für das schnelle Wachstum des globalen Drogenangebots.

Die CIA ist Teil des Problems, wer McCoys Buch gelesen hat, kann zu keiner anderen Schlussfolgerung kommen. Der "war on drugs" ist ein Krieg der Geheimdienste. Nur selten, wie in Panama bei der Jagd auf Noriega, schaltet sich die US-Army ein. Die Hauptarbeit wird sowieso längst von privaten Sicherheitsfirmen erledigt. Solange die viel beschworene, in den UN zusammengeschlossene Völkergemeinschaft sich dem drogenpolitischen Diktat der USA unterwirft, werden die im Ausland tätigen US-"Dienste" ihre gesetzloses Treiben fortsetzen und dabei schwere Menschenrechtsverletzungen billigend in Kauf nehmen. Ihr Beispiel macht längst Schule.

Die mit einer Siegserklärung abgeschlossene Anti-Drogen-Operation der thailändischen Regierung kostete 2.625 Menschen das Leben, mehr als 52.000 mutmassliche Hersteller und Händler wurden verhaftet, 330.000 Süchtige wurden in den Zwangsentzug geschickt. Die Einsätze wurden mit einer Brutalität durchgeführt, die Amnesty International auf den Plan rief und die Vereinten Nationen veranlassten, "tief besorgt" die Menschenrechtsverletzungen zu beklagen. Es gibt Berichte über illegale Hinrichtungen, Folter und die Misshandlung von

gänzlich Unbeteiligten. Die thailändische Regierung nutzte ihre Operationen gegen tatsächliche oder vermeintliche Drogendealer, um mit der Opposition abzurechnen - der "war on drugs" als machtpolitische Flurbereinigung. Im Drogenkriegsjargon heisst das: Politik des Second Target - eine Spezialität der CIA und ein spezifisches Kennzeichen der US- Drogenkriegsstrategie.

Fortsetzung folgt mit voraussichtlich folgenden Themen: Wird Kabul zu einem zweiten Saigon? Wie gross ist die Gefahr für die in Afghanistan stationierten Truppen der "Allianz gegen den Terror", mit Opium, Heroin und "Schwarzer Afghan" in Berührung zu kommen? Ferner: Der Irak als Schaltzentrale und Transitland des internationalen Opiumhandels. Sowie: Eine postolympische Analyse von Dopingsubstanzen, die in Athen zum Einsatz kamen.

Quellennachweis:

- 2 Blech, J., Die Krankheitserfinder. Wie wir zu Patienten gemacht werden. Frankfurt am Main: S. Fischer, 2003
- 3 Tages-Anzeiger, 20.11.2003
- 4 Süddeutsche Zeitung, 18./19.11.2003
- 5 Süddeutsche Zeitung, 16.2.2004
- 6 Süddeutsche Zeitung, 20.11.2003
- 7 Süddeutsche Zeitung, 13.1.2004
- 8 Süddeutsche Zeitung, 6.11.2003
- 9 Süddeutsche Zeitung, 18.12.2003
- 10 Süddeutsche Zeitung, 20.3.2004
- 11 Süddeutsche Zeitung, 9.12.2003
- 12 Süddeutsche Zeitung, 9.12.2003
- 13 Süddeutsche Zeitung, 20.11.2003
- 14 Süddeutsche Zeitung, 21.10.2003
- 15 Süddeutsche Zeitung, 22.12.2003
- 16 Bundestagsprotokoll vom 24.10.2003
- 17 Süddeutsche Zeitung, 6.11.2003
- 18 Legnaro, A., Ansätze zu einer Soziologie des Rausches - Zur Sozialgeschichte von Rausch und Ekstase in Europa. In: Rausch und Realität. Drogen im Kulturvergleich. Materialband, S. 52 ff. Köln 1981
- 19 Neue Zürcher Zeitung, 17.10.2003
- 20 Die Wochenzeitung, 5.2.2004
- 21 Kistner, T., Die Toten von Leticia.
- 22 Süddeutsche Zeitung, 25./26.10.2003
- 23 McCoy, A.W., Die CIA und das Heroin. Weltpolitik durch Drogenhandel. Frankfurt am Main: Zweitausendeins, 2003

Der Autor

Günter Amendt, 65, ist Sozialwissenschaftler und wurde Anfang der 70er Jahre mit dem Buch "Sexfront" bekannt. Der Autor lebt in Hamburg und beschäftigt sich derzeit vor allem mit dem Thema "Drogen im Zeitalter der Globalisierung".

Der hier dokumentierte Text erschien dieser Tage als beigelegtes Supplement zur aktualisierten Neuauflage des Amendt-Buches "No Drugs. No Future." Verlag Zweitausendeins, 12,95 Euro (www.zweitausendeins.de, Telefon 069/4208000). Das Buch mit Supplement ist nur bei Zweitausendeins erhältlich.

Quelle: Frankfurter Rundschau